

Aktion gegen schrottreife Fahrräder

Besitzer sollen Zustand prüfen – Entfernung nach gewisser Frist

Im Rahmen einer stadtweiten Aktionswoche „Aufräumen in den Veedeln“ identifizieren, dokumentieren und entfernen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Ordnungsamtes und der Abfallwirtschaftsbetriebe Köln (AWB) vom 21. bis 25. November Schrottfahrräder. Fahrradabstellanlagen sollen nicht unnötig blockiert werden, und der öffentliche Raum soll möglichst barrierefrei sein und aufgeräumt wirken, so die Stadt.

Stadt und AWB haben die Fahrradbesitzer und Fahrradbesitzerinnen deshalb aufgerufen, den Zustand ihrer im öffentlichen Straßenland abgestellten Zweiräder zu prüfen und wenn nötig nachzubessern, damit ihr Rad nicht fälschlich beklebt oder abgeholt wird.

Ein im öffentlichen Raum abgestelltes Fahrrad werde als Schrottfahrrad angesehen, wenn es nicht mehr verkehrstauglich sei. Merkmale dafür seien platte Reifen, ein deformierter oder fehlender Vorder- oder Hinterreifen, ein fehlender oder verbogener Lenker, defekte Bremsen, ein fehlender Sattel, verrostete oder defekte Ketten, fehlende Beleuchtung oder ein beschädigter Rahmen.

Kölnrinnen und Kölner können der Stadt melden, wenn sie Schrottfahrräder entdecken – das geht entweder per Online-Formular, über die städtische App und beim Bürgertelefon. Mitarbeitende des Ordnungsdienstes prüfen diese Meldungen. Je nach Zustand des Rades bekleben sie es bei geringen Mängeln mit einem Zettel, der auf eine vierwöchige Nachbesserungsfrist hinweist, oder bei erheblichen Mängeln mit einem Zettel, der die Entfernung aus dem öffentlichen Raum ankündigt. Die Schrottfahrräder entfernt das Ordnungsamt dann gemeinsam mit der AWB und bringt sie zu einem Recyclinghof in Niehl. (red)

sags-uns.stadt-koeln.de

DER KSTA-PODCAST



In der neuesten Folge von „Stadt mit K“ erfahren Sie, warum das Erzbistum seinen Mitarbeitenden eine rote Linie in der Mail-Signatur verbietet, ob die Betreiber der Weihnachtsmärkte ausbleibendes Publikum wegen der Fußball-WM befürchten und wie es ist, von Kopf bis Fuß tätowiert zu sein.

www.ksta.de/podcasts

RADIO KÖLN

... das „Comedy-Bergfest mit dem Storb“ ab 18 Uhr: Comedian Daniel Storb begleitet Euch in den Feierabend und talkt mit Gästen.

„Teuer entsorgte Kölner Luft“

Familie aus Merheim muss für doppelt so große Restmülltonne wie benötigt zahlen

VON OLIVER GÖRTZ

Familie Dunkel aus Merheim trennt ihren Abfall vorbildlich. Gelbe Tonne, blaue Tonne, Bio-tonne, Restmülltonne, alles da. Die Kölner sortieren derart gut, dass nur wenig Restmüll übrig bleibt. Ihre 60-Liter-Tonne bekommen sie selten voll. Dennoch müssen sie nun ein doppelt so großes Behältnis bereitstellen. Und bezahlen.

Seit zehn Jahren wohnen die Dunkels in ihrem Haus im Merheim. Fünf Personen leben dort, zwei Erwachsene und drei Kinder. „Die 60 Liter haben bislang immer ausgereicht“, sagt Familienvater Sven Dunkel, „als der Brief von den AWB kam, dachte ich zuerst, das ist ein Witz.“ Die Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) haben die Dunkels vor kurzem angeschrieben und ihnen mitgeteilt, dass sie ab jetzt eine 120-Liter-Restmülltonne haben müssen – die sie gar nicht brauchen, weil sie sie nicht einmal ansatzweise voll bekommen. Zuerst hatte das Satire-Magazin „Extra 3“ über den Fall berichtet.

Deutliche Mehrkosten

Dabei berufen sich die AWB auf die Abfallsatzung der Stadt Köln. Darin ist ein „Einstellung- und Benutzungszwang“ verankert, demzufolge Grundstücksbesitzer Mülltonnen vorhalten müssen. Weiter steht in der Abfallsatzung, dass pro Person, die auf dem Grundstück lebt, mindestens ein Volumen von 20 Litern Restmülltonne bereitzustellen habe. Bei den fünf Dunkels ergäben das also 100 Liter.

Eine 100-Liter-Tonne gibt es jedoch nicht. Aber es gibt 40- und 60 Liter-Tonnen. Da es aber teurer wäre, eine 40- und eine 60-Liter-Tonne zu beziehen, als eine 120-Liter-Tonne, haben die Dunkels jetzt noch mehr Müllstauraum, den sie nicht benötigen. Und den sie bezahlen müssen. Die 60-Liter-Tonne kostete die Familie bislang pro Jahr 342,28 Euro, nun müssen sie für das größere Behältnis 503,24 Euro zahlen. Zwar gibt es auch eine 110-Liter-Tonne, jedoch nur im Vollservice, bei dem die Grundstückseigentümer die Tonnen nicht selbst herausstellen müssen. Und das ist mit 582,66 Euro ebenfalls teurer als eine 120-Liter-Tonne.



Ein Mitarbeiter der Abfallwirtschaftsbetriebe holt Restmülltonnen aus einem Haus.

20

Liter Restmüll pro Person, die auf dem Grundstück lebt, sieht die städtische Abfallsatzung als Mindestvolumen vor

Um festzustellen, ob eine Restmülltonne gemäß der Abfallsatzung groß genug ist, gleicht die Verwaltung „anlassbezogen“ die Daten der gemeldeten Personen auf einem Grundstück ab, erläutert die Stadt. Anlass gab es bei den Dunkels bereits vor sieben Jahren, als das dritte Kind zur Welt kam. Doch die Anordnung der größeren Tonne kam erst jetzt. Die anlassbezogenen Prüfungen haben offenbar in der Regel größere Tonnen zur Folge, vermutet Dunkel. Ein Hinweis, dass das Volumen reduziert werden könne, erfolge wohl eher nicht. In seiner Verwandtschaft gebe es Fälle, die offenbar mehr für ihre Tonne zahlten, als sie laut Satzung müssten, berichtet Dunkel.

Dunkel hält das Minimum von 20 Litern pro Person für Restmüll für nicht zeitgemäß. Dieses Volumen sei bei einigermaßen sorgfältiger Mülltrennung nicht mehr nötig. „Die Höhe des vorzuhaltenden Mindestbehältervolumens wird von der Stadt Köln regelmäßig überprüft“, erläutert dazu die Verwaltung.

Wann das zuletzt geschah, sagt die Stadt nicht. Aber im kommenden Jahr sei eine „Hausmüllanalyse“ vorgesehen. „Auf Grundlage der Ergebnisse werden dem Rat der Stadt Köln mögliche Anpassungen der Abfallsatzung zur Entscheidung vorgeschlagen“, kündigt die Verwaltung an. „Die Hausmüllanalyse 2023 wird zeigen, ob eine Anpassung des Mindestbehältervolumens angezeigt sein wird und darüber die Anreize zur Mülltrennung verstärkt werden können“, so die Stadt weiter.

Hoffen auf Umdenken

„Ich weiß, dass die Stadt das juristisch machen kann“, sagt Dunkel. Er müsste gegen die Abfallsatzung klagen, doch das bedeutet einen mitunter teuren Rechtsstreit. Deshalb hofft er, dass anderweitig ein Umdenken bei der Verwaltung einsetzt. Bis dahin stellt er jede Woche eine nicht einmal halb volle Restmülltonne an den Straßenrand vor sein Haus. „Das ist also teuer entsorgte Kölner Luft“, sagt Dunkel.

Historische Karten in digitaler Form

Interaktive Themenkarte zeigt Entwicklung der Stadt

Die Stadtverwaltung hat mit der interaktiven Themenkarte „Köln im Wandel – Historische Stadtkarten“ ihr Angebot im eigenen Geoportale erweitert. 60 historische Stadtkarten zeigen, wie sich Köln in einem Zeitraum von mehr als 400 Jahren entwickelt hat – etwa aus früher selbstständigen und heute eingemeindeten Ortsteilen.

Damit auf den historischen Karten eine Orientierung in der heutigen Zeit möglich ist, wurden sie „georeferenziert“ – also in digitale Kartendarstellungen übertragen. Die digitale Form historischer Stadtkarten veranschaulicht das Wachstum Kölns auf fast spielerische Weise und bietet so schnellen Zugang zur Entwicklung der Stadt, teilte die Verwaltung mit. Das Angebot sei nicht nur historisch und heimatkundlich interessant, sondern unterstütze auch die landeskundliche und siedlungsgeografische Forschung.

Die digitale Anwendung umfasst aktuell etwa 60 repräsentative Zeitschnitte, soll aber nach und nach alle circa 240 vorhandenen historischen Stadtkarten zeigen. Neben diesem neuen Angebot können beim Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster wie bisher auch Drucke von dekorativen historischen Stadtkarten erworben werden. Interessenten können sich an den Katasterservice im Stadthaus Deutz per E-Mail wenden oder telefonisch unter der Rufnummer 0221/221-23636. (red)

Kataster@stadt-koeln.de

SPD: Köln-Pass an alle Berechtigten

Die SPD-Ratsfraktion fordert, den Köln-Pass automatisch an alle berechtigten Leistungsempfänger per Post zu schicken – aktuell habe jeder dritte Leistungsberechtigte keinen Köln-Pass. „Das erleichtert das Leben von 1000 Kölnerinnen und Kölnern und spart zudem eine Menge Bürokratie in der Stadtverwaltung“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten, Lena Teschle. (red)

Angreiferin droht Einweisung in die Psychiatrie

41-Jährige hatte eine Seniorin auf dem Neumarkt schwer verletzt – Angeklagte rechtfertigt sich

VON HENDRIK PUSCH

Für die Allgemeinheit gefährlich, so bezeichnet die Staatsanwaltschaft eine Kölnerin, der sieben teilweise willkürliche Attacken auf Mitmenschen vorgeworfen werden. Am schwersten wiegt dabei der Angriff auf eine 85-jährige Seniorin auf dem Neumarkt, die erhebliche Verletzungen davongetragen hat. Der Beschuldigte droht nun die dauerhafte Einweisung in die Psychiatrie.

Im September vergangenen Jahres hatte die 41-jährige Beschuldigte die Rentnerin so kräftig gegen den Oberkörper gestoßen, dass diese zu Boden gefallen und ihr Kopf auf dem Steinboden aufgeprallt war. Eine Rissquetschwunde am Hinter-

kopf war die Folge, zudem zog sich die Rentnerin eine Prellung der Lendenwirbelsäule zu. Beim Prozessauftakt versuchte die Frau, ihre Tat zu rechtfertigen.

„Ich bin aus der Bahn ausgestiegen, wollte zur Schildergasse und merkte nur, dass da eine riesige alte Frau vor mir steht“, schilderte die Beschuldigte, „die war mir zu nah“. Darum habe sie die alte Dame nach hinten geschubst. „Die war ja deutlich über 80, konnte man ihr das ansehen?“, fragte der Vorsitzende Richter. „Nein, die sah fit aus“, so die Antwort. Der Vorfall tue ihr aber leid.

In einem weiteren Fall soll die Beschuldigte ihre gesetzliche Betreuerin bedroht haben. Laut Staatsanwaltschaft habe sie der Frau an deren Büro aufgelauert,



Der Neumarkt war Tatort der Attacke im September 2021.

einen Holzaufsteller herumgeworfen und angekündigt, „noch ganz andere Sachen“ zu machen und die Betreuerin „zu packen“. In einem Brief ans Gericht hatte das Opfer seine große Angst beschrieben. Die Klientin habe ihr nachgestellt.

In Lindenthal soll die 42-jährige einer Bewohnerin gedroht haben, ihr Haus abzubrennen. „Die hatte mir mal Suppe gemacht und eingepackt“, erklärte die Beschuldigte, „ich sollte die Dose zurückbringen, die hatte ich aber weggeschmissen“. Bei einer zufälligen Begegnung habe sich die Frau „leider“ bedroht gefühlt. Die Vorwürfe in dem Fall stritt sie ab und sagte: „Ich war ganz nett.“

Der Mitarbeiterin einer Not-schlafstelle soll die Beschuldigte

Kratzwunden beigebracht und einem Bekannten vor das Knie getreten haben. „Die waren frech“, hieß es von der Frau, die ebenfalls beschuldigt ist, eine Tasse nach ihrem Vater geworfen zu haben. Auch soll sie in der KVB-Linie 9 einer jungen Frau das Handy abgenommen haben. Der Grund: „Die hat mich verfolgt und provoziert.“

Angefangen hätten ihre Probleme, nachdem der Vermieter nach längerer Abwesenheit ihre Wohnung aufgelöst hätte, erklärte die Frau in Beisein ihres Verteidigers Karl-Christoph Bode. Sie sei danach obdachlos gewesen. „Ich bin nicht wirklich kriminell, ich war etwas durcheinander“, so die Beschuldigte, die derzeit schon in der Psychiatrie sitzt.